

Antrag 11/I/2021

SPD-UB Region Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Klima wird heute gestaltet. Gerechte Umweltpolitik, jetzt!

1 Die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens sind für uns unumstritten. Wir halten am 1,5° Grad Ziel fest.
2 Darüber hinaus bekennen wir uns weiterhin zum Ziel von 100 Prozent Erneuerbaren Energien in der Bun-
3 desrepublik Deutschland bis spätestens 2050. Leider ist jedoch festzustellen, dass die Maßnahmen zur Er-
4 reichung der Klimaziele bei weitem nicht ausreichen und auch die Energiewende immer mehr ins Stocken
5 gerät. Um noch eine Chance zum Erreichen der selbstgesteckten energiepolitischen Ziele zu bewahren, be-
6 darf es einem radikalen Kurswechsel. Wir müssen unsere soziale und ökologische Verantwortung umge-
7 hend ernst nehmen - sonst ist es zu spät.

8 Dieser Antrag analysiert die bestehenden Probleme der Energiewende und zeigt auf, was getan werden
9 muss, um eine sozialverträgliche und ökologisch sinnvolle Energiewende bis zum Jahr 2050 umsetzen zu
10 können. Der Antrag befasst sich dabei mit folgenden Problemfeldern: Netzausbau, Speichertechnologien,
11 Ausbau von Erneuerbaren Energien, Diversität von Erzeugungsanlagen und Stromhandel.

12 Netzausbau:

13 Die Strukturen der Stromerzeugung befinden sich seit mehreren Jahren und fortlaufend im Wandel. Mit
14 dem Abschalten alter Erzeugungsanlagen, wie AKWs und Kohlekraftwerken, und der Inbetriebnahme neu-
15 er Anlagen, etwa aus den Bereichen Photovoltaik, Biogas oder Windenergie, verändern sich (unter anderem)
16 die Anforderungen an das Stromnetz. Vereinfacht lässt sich sagen, dass Strom über Leitungen und Trassen
17 transportiert wird. Das Stromnetz in Deutschland ist aber auf diese neueren Technologien nicht ausge-
18 legt. Aufgrund der Dezentralität, der kleineren installierten Leistung und der im Vergleich zu AKWs und
19 Kohlekraftwerken häufigeren An- & Abschaltung, haben die erneuerbaren Erzeugungsanlagen ganz unter-
20 schiedliche Anforderungen an das Stromnetz. Der Ausbau des Stromnetzes in Deutschland hinkt sowohl
21 quantitativ, als auch qualitativ stark hinter den strukturellen Entwicklungen her.

22 Die Gründe hierfür sind unter anderem lokale Interessen (z.B. die Ablehnung des Freistaates Bayern ge-
23 gen oberirdische Trassen), sowie Investitionsstau und Fachkräftemangel. Doch wie kann es sein, dass die
24 Grundlage unserer Stromversorgung so stiefmütterlich behandelt wird? Wie kann es sein, dass ein so ent-
25 scheidender Faktor der Versorgungssicherheit bei fast allen Diskussionen um die Energiewende ignoriert
26 wird?

27 Die Herausforderung, die Frequenz von 50 Hz in den Netzen zu gewährleisten, wird immer schwieriger und
28 das Stromnetz in Deutschland stand schon mehr als einmal kurz vor einem Black-Out (Zusammenbruch).
29 Eine weitere Folge eines alten und unflexiblen Stromnetzes ist ein hoher Bedarf an Regelenergie. Diese
30 wird von teuren Spitzenlastkraftwerken oder Speichern zur Verfügung gestellt, um die Frequenz im Netz
31 auszugleichen und zu stabilisieren. Die Kosten für die bereitgestellte Regelenergie werden am Ende eines
32 Kalenderjahres auf die EEG-Umlage umgerechnet (2018 hat die Umlage 23,6 Prozent des Strompreises aus-
33 gemacht). Entgegen der Annahme, dass diejenigen die am meisten Energie konsumieren auch am meisten
34 belastet werden, besteht allerdings für energieintensive Sektoren die Möglichkeit, sich von der Umlage be-
35 freien zu lassen. Zum großen Teil tragen somit Endverbraucher*innen, Haushalte und kleine Unternehmen
36 die finanzielle Hauptlast der Energiewende. Deshalb fordern wir, dass das Thema des Netzausbaus endlich
37 die Priorität erhält, die es verdient! Sowohl die Netzbetreiber*innen, als auch die Bundesregierung müssen
38 in die Pflicht genommen werden, um mehr finanzielle Ressourcen für den Ausbau bereitzustellen. Unter-
39 nehmen, welche von der Umlage teilweise und vollumfänglich befreit sind, sollten ebenfalls ihren Anteil
40 zum Netzausbau leisten. Die Befreiung ist vollumfänglich aufzuheben. Die Interessen der Länder sind hier-
41 bei als sekundär zu behandeln. Ein Ausbau kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen und nicht
42 jedes Bundesland eine Sonderbehandlung erfährt. Strom fließt in Niedersachsen, wie in Bayern am besten
43 oberirdisch. Die physikalischen Gesetze kennen keine Grenzen.

44 **Speichertechnologie:**

45 Ein Großteil der erneuerbaren Erzeugungsanlagen sind durch ihren volatilen Charakter geprägt. Oft wird
46 in Diskussionen das Argument angeführt, dass die Sonne nicht immer scheinen und der Wind nicht immer
47 wehen würden. Trotz der Banalität der Argumentation, ist sie leider korrekt. Windenergie- und Photovolta-
48 icanlagen liefern in Deutschland den größten Anteil des erneuerbaren Stroms. Derzeit sind aufgrund der
49 Überkapazität an installierter Leistung bilanzielle Engpässe ausgeschlossen. Derzeit werden in Deutsch-
50 land noch so große Mengen Strom „produziert“, dass kein unwesentlicher Anteil ins Ausland exportiert
51 wird. Doch wenn das Ziel von 100% erneuerbaren Energien bis 2050 ernst genommen wird, muss sich schon
52 heute mit dem Thema von Speichern beschäftigt werden.

53 Wie bei den Erzeugungsanlagen, muss auch bei Speichern die Lösung in der Diversität von Technologien
54 gesucht werden. Lokale Gegebenheiten müssen besser genutzt werden. Neben den klassischen Akkumu-
55 latoren gilt es auch auf eine Erhöhung der Sektorenkopplung, Power-to-Gas (vor allem Wasserstoff und
56 Methan), Power-to-Heat und Pumpspeicherkraftwerken zu setzen. Darüber hinaus gibt es noch weitere in-
57 novative Möglichkeiten. Als Beispiel sind hier ganzheitliche Lösungen, wie der Nutzung von Kühlhäusern
58 von Schlachtereihöfen oder Metallschmelzen als unkonventionelle Thermospeicher, zu nennen. Im Zuge
59 der Diskussion um Speichertechnologien wird oft das Argument der Unwirtschaftlichkeit von Speichern
60 angeführt. Hierzu muss zum einen gesagt werden, dass die meisten konventionell und unkonventionell
61 hergestellten Technologien am Anfang unwirtschaftlich operieren, wir allerdings den Schutz der Umwelt
62 nicht auf die Frage reduzieren sollten, ob eine Technologie in ihren Kinderschuhen wirtschaftlich operiert
63 oder nicht, sondern ob sie sinnvoll einsetzbar und umweltfreundlich ist.

64 Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Fonds, der Gelder für die Forschung und für Pilotprojekte mit der
65 Anwendung von unkonventionellen Speichern ermöglicht. Zur Stabilisierung des Stromnetzes und dem
66 Ausgleich von Engpässen bedarf es darüber hinaus der Bezuschussung von umweltfreundlichen Speicher-
67 technologien. Die Bezuschussung soll sich an der Höhe der installierten Leistung und der Einsatzstunden
68 im Jahr messen.

69 **Ausbau von Erneuerbaren Energien:**

70 Der Ausbau von Erneuerbaren Energien in Deutschland stagniert. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Einige
71 nennenswerte sind die Einführung eines Ausschreibungssystems, langwierige Genehmigungsverfahren,
72 Planungsunsicherheiten für Investor*innen sowie der 6h-Regelung mit der jüngsten Novellierung des Ge-
73 setzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG). Seit Beginn 2017 gibt es ein Ausschreibungssystem für
74 die Erzeugungsanlagen von Erneuerbaren Energien. Konkret bedeutet das, dass die Anbieter*innen mit den
75 günstigsten Preisen für eine Kilowattstunde (kWh) Strom einen festgeschriebenen Preis für die Erzeugung
76 und Einspeisung von Strom über 20 Jahre erhalten (Einspeisevergütung). Dadurch, dass Unternehmen mit
77 großem finanziellem Spielraum eine höhere Anzahl an Anlagen bei Hersteller*innen, zu günstigeren Preisen
78 abnehmen können, ist es ihnen möglich günstigere Preise bei den Ausschreibungsverfahren anzubieten.
79 Darüber hinaus müssen für die Bewerbung bei den Ausschreibungsverfahren, sämtliche Genehmigungen
80 vorliegen. Für kleine Investor*innen wie zum Beispiel Kommunen, ist das Risiko, sich an einer solchen Aus-
81 schreibung zu beteiligen, zu groß. Durch das Ausschreibungsverfahren wird nicht nur der Ausbau gebremst,
82 sondern auch die Akzeptanz der Energiewende bei den Bürger*innen vor Ort verringert.

83 Darüber hinaus wurde die 6h-Regelung eingeführt. Diese besagt, dass wenn der Strompreis an der Ener-
84 giebörse in sechs aufeinanderfolgenden Stunden negativ ist, der*die Betreiber*in von Anlagen für diesen
85 Zeitraum seinen*ihren Strom nicht vergütet bekommt. Auch diese Regelung führt nicht dazu, dass Inves-
86 tor*innen dazu ermutigt werden sich an der Energiewende zu beteiligen. Es ist nur sehr schwer vorherzusa-
87 gen, wie sich die Börse in den nächsten Jahren entwickeln wird und wie häufig diese Regelung Anwendung
88 findet. Es ist aber davon auszugehen, dass mittelfristig die Häufigkeit von negativen Strompreisen, auf-
89 grund der Überkapazität und der volatilen Erzeugungsanlagen, zunehmen wird.

90 Deshalb fordern wir eine erneute Novellierung des EEGs, welche die 6h-Regelung und das Ausschreibungs-
91 modell wieder abschafft, eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren vorsieht und die Beteiligungs-
92 möglichkeiten von Bürger*innen erhöht.

93 **Diversität von Erzeugungsanlagen:**

94 Wenn politisch die strombezogene Energiewende in Deutschland diskutiert wird, wird fast ausschließ-
95 lich von Wind- und Photovoltaikenergie gesprochen. Darüber hinaus gibt es zum Beispiel aber auch noch
96 Wasserkraft- & Biogasanlagen. Das Potential von Wasserenergie ist in Deutschland nahezu komplett er-
97 schlossen. Das Potential von Biogasanlagen hingegen aber nicht. Biogasanlagen werden in der aktuellen
98 Gesetzgebung nur am Rande berücksichtigt und Genehmigungen für den Bau von Biogasanlagen werden
99 kaum noch erteilt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass ein Großteil der Biogasanlagen mit Mais betrie-
100 ben werden. Bei Mais handelt es sich um eine Kulturpflanze, welche nicht sonderlich förderlich für unser
101 Ökosystem ist. Sie ist bei Landwirt*innen dennoch sehr beliebt, da der Ertrag der Maispflanze mit keiner
102 anderen Pflanzenart in Deutschland zu vergleichen ist. Wenn wir Mais in Strom umwandeln, dann sollten
103 die Auswirkungen auf unser Ökosystem minimiert werden. Bodenfreundlichen und biodiversitätsförderli-
104 che Fruchtfolgen müssen gewährleistet werden, wenn Kulturpflanzen wie Mais angebaut werden. Alternati-
105 tiv können Biogasanlagen auch mit Gülle oder diversen anderen organischen Materialien betrieben wer-
106 den. Doch Biogasanlagen bieten im Gegensatz zur Wind- und Photovoltaikenergie einen großen Vorteil:
107 sie sind steuerbar. Biogasanlagen basieren auf dem Prinzip eines Motors, welcher mit Gas betrieben wird.
108 Durch die Verbrennung des Gases wird Strom und Wärme umgewandelt. Biogasanlagen können mittel-
109 fristig eine gute Ergänzung zu Speichern sein. Wenn es zu lokalen Engpässen kommt, können Biogasanla-
110 gen in Betrieb genommen werden, um diese zu schließen. Eine finanzielle Bevorzugung solcher Anlagen
111 wäre wünschenswert. Zusätzlich fordern wir die Verpflichtung von Wärmenutzkonzepten für die Geneh-
112 migung von neuen Biogasanlagen, welche von Fern- & Nahwärmenetzbetreiber*innen in Kooperation mit
113 den Anlagenbetreiber*innen erarbeitet werden müssen. Darüber hinaus fordern wir die Verpflichtung von
114 bodenfreundlichen und biodiversitätsfördernden Maßnahmen, beim Anbau von Mais als nachwachsender
115 Rohstoff.

116 **Stromhandel:**

117 Seit dem Jahr 2002 ist besteht in Deutschland die Möglichkeit, Strom am Terminmarkt der European En-
118 ergy Exchange (EEX) und seit 2008 am Spotmarkt der European Power Exchange (EPEX) zu handeln. Am
119 langfristigen Terminmarkt kann Strom zwei Tage bis sechs Jahre im Voraus gehandelt werden. Am kurzfris-
120 tigen Spotmarkt hingegen nur für den Folgetag und bis 15 Minuten vor Erfüllung der Leistung. Im Jahr 2016
121 wurden nach Angaben der EEX in der Preiszone Deutschland/Österreich circa 2.665 TWh Strom gehandelt.
122 Die EEX gibt an, dass sie 2016 in Deutschland einen Marktanteil von 37 Prozent hatte. Im Jahr 2016 lag der
123 Bruttostromverbrauch in Deutschland und Österreich hingegen aber nur bei 595,7 TWh. Das bedeutet, dass
124 an der EEX Strombörse 4,5-mal mehr Volumen gehandelt wurde, als in beiden Ländern verbraucht wurde
125 und das bei einem Marktanteil von gerade einmal 37 Prozent. Der Grund hierfür ist, dass an der EEX Börse
126 rein spekulativer Handel mit Strom betrieben wird. Große Investor*innen spekulieren wie sich der Strom-
127 preis verändern könnte und versuchen dadurch zusätzliche Gewinne zu verbuchen. Seit der Abschaffung
128 des physikalischen Handels 2005 an der EEX, ist es nur noch möglich das Recht auf den Strombezug zu
129 einem bestimmten Zeitpunkt zu erwerben, real erzeugter Strom wird nicht mehr gehandelt.

130 Ein weiteres Problem ist, dass die aktuelle Gesetzgebung besagt, dass die Differenz zwischen dem Mittel-
131 wert der monatlichen getätigten Transaktionen am Spotmarkt der Börse (Referenzmarktwert) und der für
132 20 Jahren festgeschriebenen Einspeisevergütungenn (Anzulegender Wert) durch das EEG-Konto ausgegli-
133 chen wird.

134 Je geringer der Strompreis an der Börse ist, desto größer wird die Belastung des EEGKontos und in Fol-
135 ge dessen, die EEG-Umlage und der Strompreis für Verbraucher*Innen. Strom ist keinesfalls ein Luxusgut,
136 sondern ein Grundbedürfnis. Jedem Menschen sollte der Zugang zu bezahlbarem Strom möglich sein. Ein
137 Leben ohne Strom ist unserer Gesellschaft nicht möglich.

138 Deshalb lehnen wir den Handel von Strom an der Börse entschieden ab. Wir fordern die Abschaffung der
139 Energiebörse und damit auch des spekulativen Handels.

140

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung, da nicht mehr aktueller Stand der Diskussion